

LIGA DER
WOHLFAHRTSPFLEGE
STUTT GART



LÜCKEN IM SOZIALEN NETZ

ARMUTSBEKÄMPFUNG IN STUTT GART

Information und politische Forderungen zur Stuttgarter Kommunalwahl am 26. Mai 2019

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 26. Mai 2019 finden Kommunalwahlen statt und ein neuer Gemeinderat wird gewählt. Dieser muss sich, unter anderem, in den kommenden Jahren auch mit der Armutsbekämpfung in Stuttgart befassen und politische Lösungsansätze entwickeln, denn auch in Stuttgart gibt es wachsende Armut und zunehmende soziale Herausforderungen.

Die Liga der Freien Wohlfahrtspflege legt dieses Positionspapier im Kommunalwahlkampf 2019 vor, um eine Diskussionsgrundlage für die politische Debatte zu liefern.

In diesem Positionspapier haben wir Informationen über die Lebenslagen von Menschen zusammengestellt, die von Armut betroffen sind. Dabei war uns wichtig voranzustellen, was in Stuttgart bereits gut läuft und worauf man bei der weiteren Armutsbekämpfung aufbauen kann. An die Beschreibung der aktuellen Herausforderungen schließen sich dann Prüfvorschläge für Lösungen an die Politik aus Sicht der Liga der Wohlfahrtspflege Stuttgart an.

Die hier vorgestellten Lösungsansätze für die Armutsbekämpfung in Stuttgart werden auch in die Stuttgarter Armutskonferenz am 24. Mai 2019 einfließen. Wir freuen uns, dass viele dieser Ideen gemeinsam mit Mitarbeiter*innen der Sozialverwaltung sowie zahlreichen weiteren Mitstreiter*innen entwickelt wurden und hoffen, dass möglichst viele der entwickelten Vorschläge vom Gemeinderat in der kommenden Wahlperiode aufgegriffen und in aktives politisches Handeln umgesetzt werden.

Dieses Positionspapier ist zunächst an die Kandidat*innen und Parteien zur Kommunalwahl gerichtet, soll aber auch zur Diskussion mit Bürger*innen, Expert*innen und auch unseren eigenen Mitarbeiter*innen und Ehrenamtlichen dienen. Wer auch immer sich hiermit beschäftigt, ist herzlich aufgefordert uns zu diesem Papier eine Rückmeldung zu geben:

info@liga-stuttgart.de.

Armutsbekämpfung ist nicht nur Sache der Politik, der Sozialverwaltung oder der Wohlfahrtspflege. Wir alle können einen Beitrag leisten, Menschen, die von Armut betroffen sind, zu unterstützen.

Falls Sie Interesse haben sich hierfür **ehrenamtlich zu engagieren oder auch zu spenden**, freuen wir uns ebenfalls über eine Nachricht an info@liga-stuttgart.de.

Wir hoffen, dass dieses Positionspapier nicht nur eine Diskussionsgrundlage für den Kommunalwahlkampf 2019 bietet, sondern dann auch die Basis für die neuen

Gemeinderät*innen für eine gute Sozialpolitik und wirkungsvolle Armutsbekämpfung in den nächsten Jahren wird.

Mit freundlichen Grüßen

Friedhelm Nöh

Sprecher der Liga der Wohlfahrtspflege Stuttgart

Inhalt

Vorwort	1
Armut in Stuttgart.....	4
Menschen ohne Wohnraum in Stuttgart	5
Menschen ohne Arbeit in Stuttgart	8
Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen, die von Armut betroffen sind	11
Ältere Menschen in Stuttgart, die von Armut betroffen sind.....	14
Menschen mit Behinderung, die von Armut betroffen sind	18
Psychisch kranke Menschen in Stuttgart, die von Armut betroffen sind	19
Armutsbekämpfung bei Neuzugewanderten.....	22
Armutsbekämpfung bei EU-Bürger*innen ohne sog. Hilfeanspruch	24
Danksagung	26
Die Liga der Wohlfahrtspflege in Stuttgart	27
Impressum.....	27

Armut in Stuttgart

Armut gibt es auch in Stuttgart und sie nimmt zu. Insbesondere trifft es Menschen in besonderen Lebenslagen, die in den nächsten Kapiteln näher beschrieben werden. Aber auch ganz generell und statistisch steigt die Armut in Stuttgart:

In Stuttgart ist die Armutsgefährdungsquote¹ 2017 im Verhältnis trotz deutlich verbesserter Arbeitslosigkeit auf das Niveau von 16,1% (2007: 13,2%) gestiegen. Stuttgart hat zwar die zweitniedrigste Arbeitslosenquote (2007: 6,5%; 2017: 4,7%), im Verhältnis zu anderen deutschen Großstädten. Gleichzeitig erzielte Stuttgart (anders als 2007) im Jahr 2017 den drittletzten Platz bei der Armutsgefährdung². Dies stellt eine Verschlechterung dar, da im Jahr 2007 nur München eine bessere Armutsgefährdungsquote aufwies als Stuttgart. Zum Vergleich: In der Hansestadt Hamburg sind 2017 trotz höherer Arbeitslosenquote die Menschen dort weniger armutsgefährdet als in Stuttgart.

Durch den Stuttgarter Sozialatlas 2016, den die Stadt Ende 2018 veröffentlicht hat, wird die Annahme von steigender Armut in Stuttgart unterstrichen: Berechtig durch eine Bonuscard zusätzliche freiwillige soziale Leistungen zu erhalten waren 2013 noch 11,9% der Bevölkerung, 2016 waren es schon 12,7%.³ Diese Steigerung ist auch bei der sog. Grundsicherung nach SGB II und SGB XII sichtbar. 2013 bezogen noch 7,9% der Bevölkerung im Jahr 2016 waren es 8,1% (49.237 Personen).

Wendet man den Blick auf wichtige Kenngrößen des Randes des Arbeitsmarktes so bestätigt sich die Erkenntnislage des Sozialdatenatlasses ebenfalls: Das Jobcenter hat im Jahresbericht 2017 die Zahl der Langleistungsbeziehenden, das sind die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die unabhängig von der Betrachtung der Arbeitslosigkeit, in den vergangenen 24 Monaten 21 im Leistungsbezug waren, in der Entwicklung seit 2015 betrachtet. Danach waren im ersten Quartal 2015 (Beginn der Betrachtung) 18.281 Menschen, im letzten Quartal 2017 19.126 Menschen im Langleistungsbezug. Dieses entspricht einer Steigerung von 5%⁴.

¹ Die Armutsgefährdungsquote/-schwelle wird entsprechend dem EU-Standard bei 60% des Medians der sog. Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten) festgelegt. Personen, deren Äquivalenzeinkommen unter diesem Schwellenwert liegen, werden als (relativ) einkommensarm eingestuft.

² http://biaj.de/images/2018-10-01_grossstaedte-arbeitslosenquote-armutsgefaehrung-2007-2017.pdf

³ GRDRs 700/2018: Sozialdatenatlas: Darstellung und Analyse der sozialen Situation in der Landeshauptstadt Stuttgart mit Daten aus dem Jahr 2016, S. 36

⁴ GRDRs 621 | 2018 Jobcenter Jahresbericht 2017, S. 42

Menschen ohne Wohnraum in Stuttgart

Lebenslagen von Menschen ohne Wohnraum in Stuttgart

Unter der sehr angespannten Wohnungssituation in Stuttgart leiden besonders Menschen in Armutslagen und hier insbesondere die Menschen die aktuell gar keinen Wohnraum zur Verfügung haben. Für diese Menschen sind die nachfolgenden Lösungsansätze formuliert, dabei ist den Autor*innen bewusst, dass noch sehr viele Stuttgarter*innen darüber hinaus, insbesondere auch Familien, dringend Wohnraum benötigen und es dafür politische Lösungen geben muss.

Wohnungslose

In Stuttgart sind aktuell ca. 4.000 Menschen wohnungslos. D.h. all diese Menschen verfügen über keinen eigenen Mietvertrag und befinden sich in „interimsweiser“ Unterbringung. 1.800 Menschen fallen davon unter den Schutz von §§ 67 ff. SGB XII Hierzu zählen die Dienste und Einrichtungen sowie ambulant betreutes Wohnen der Wohnungsnotfallhilfen. Über 2.200 Menschen zählt die obdachlosenpolizeiliche Unterbringung (Notunterkünfte, Sozialhotels, Fürsorgeunterkünfte).

Obdachlose Menschen

Darunter sind die Menschen zu verstehen die „auf der Straße“ leben. Hierzu gibt es nur Schätzungen, die sich zwischen 100 und 150 Personen bewegen.

Städtische Notfallkartei

Aktuell sind 4.700 Personen in der städtischen Notfallkartei vermerkt. Dies sind nur die dringlichsten Fälle mit Anspruch auf den sogenannten A-Schein.

Nicht registrierte Wohnungslose

Hinzu kommen sehr viele nicht registrierte Menschen, z.B. Armutsmigrant*innen aus Osteuropa.

Was in Stuttgart schon gut läuft

Für Menschen ohne Wohnraum oder Menschen, die vom Verlust der Wohnung bedroht sind, gibt es in Stuttgart ein gut funktionierendes Hilfesystem, in dem Freie Träger der Wohlfahrtspflege und die Stadt Stuttgart kooperieren. Die Angebote erstrecken sich von

Notübernachtungsmöglichkeiten über Aufnahmehausplätze, (teil-)stationäre Hilfen bis zu Betreutem Wohnen. Niedrigschwellige Angebote wie diverse Tagesstätten, Streetwork und der Kältebus ergänzen die ambulante und stationären Hilfen. Für Senioren gibt es das Wohnungstauschprogramm.

Die aktuellen Herausforderungen

Auch Menschen, die oberhalb der Armutsgrenze leben (z.B. sog. „Schwellenhaushalte“, prekär Beschäftigte, Menschen mit Jobs im Niedriglohnsektor) haben große Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt. Durch die steigenden Preise am Wohnungsmarkt ist es auch für Menschen in Ausbildung schwer geeigneten Wohnraum zu finden, viele geraten daher in Wohnungsnot.

Derzeit steigt die Anzahl an Personen in ordnungsrechtlicher Unterbringung rasant an. Hiervon sind vermehrt Familien betroffen, die in Sozialunterkünften („einfache Hotels“) untergebracht werden müssen. Diese entsprechen allerdings nicht einer familiengerechten Umgebung. Es gibt Menschen, die trotz ordnungsrechtlicher Unterbringungspflicht weiterhin auf der Straße leben (entweder freiwillig oder auch mangels Bereitschaft der Stadt Stuttgart zur gefahrenabwehrrechtlichen Unterbringung für bestimmte Personengruppen wie z.B. EU-Bürger*innen ohne Arbeitnehmer*innenstatus).

Politische Lösungsansätze

Die Liga der Wohlfahrtspflege fordert den Stuttgarter Gemeinderat auf nachfolgende Vorschläge zu prüfen:

- ✓ Zugänge zu Wohnungen für Sondergruppen zu verbessern, die im Wettbewerb um Sozialwohnungen besonders stark benachteiligt sind (z.B. durch feste Belegungsquoten für bestimmte Bedarfsgruppen).
- ✓ Dynamische, marktorientierte Anhebung der sog. Mietobergrenzen (MOG)
- ✓ Änderung des Berechnungsschemas für die Mietobergrenzen: die Entwicklung der Angebotsmieten muss stärker als bisher Eingang in die Mietspiegel-Erhebung haben; die Festlegung der MOG auf zwei Jahre werden der momentan rasenden Mietpreisentwicklung nicht gerecht. Die MOG "hinken" hinterher, wenn es Monate dauert von der Erstellung bis zur Umsetzung als Verwaltungsvorschrift.
- ✓ Separate und angemessene Notunterkünfte für Schwangere, Alleinerziehende und Familien mit Kindern.
- ✓ Verpflichtung zur gefahrenabwehrrechtlichen Unterbringung in Notunterkünfte obdachloser EU-Bürger*innen ohne ALG II Ansprüche (z.B. aus Bulgarien, Rumänien) nachkommen. Schaffung entsprechender Notunterkunftsplätze.

- ✓ Zugriff (z.B. über Erbpacht/Vorkaufsrecht) auf städtische Grundstücke für soziale Träger (und andere, die Sozialmietwohnungen bauen) zu verbessern.
- ✓ Knappheit an (bebaubaren) Grundstücken zu beheben: bestehende Grundstücke besser nutzen, dichter bebauen, in die Höhe bauen und zusätzliches Bauland erschließen.
- ✓ Einfluss auf private Investoren und andere Akteure erhöhen um diese verstärkt für den sozialen Wohnungsbau zu gewinnen.
- ✓ Stadt sollte mehr Grundstücke erwerben und somit selbst entscheiden können, was bzw. wie auf ihnen gebaut wird.
- ✓ Die Region Stuttgart muss in die Pflicht genommen werden (mit dem Ziel mehr sozialen Wohnungsbau in angrenzenden Landkreisen zu erreichen).
- ✓ Den Ausbau des Konzepts der Garantiemiete - darüber Gewinnung zusätzlicher privater Vermieter für Sozialwohnungen.
- ✓ Ein Konzept der Wohnungsakquise nach dem Karlsruher Modell für untere Einkommensbezieher*innen.
- ✓ Konzepte gegen Zweckentfremdung von Wohnraum entwickeln (z.B. Ferienwohnungen)
- ✓ Die Verlängerung von Belegungsrechten (Sozialmietwohnungen)
- ✓ „Luxussanierungen“ verhindern.
- ✓ Die Prävention (vor Wohnungsverlust) weiter stärken (z.B. durch Umsetzung des sogenannten Fachstellenkonzepts).
- ✓ Konzepte für mehr barrierefreie Wohnungen entwickeln.
- ✓ Für einzelne Gruppen (mit geringerer „Wohnfähigkeit“) kreative Sonderlösungen ausprobieren (Tiny Houses, Bauwagen- oder Containerlösungen, etc.).
- ✓ Schaffung von sozial- gebundenem Wohnraum und Belegungsrechte für soziale Träger.

Menschen ohne Arbeit in Stuttgart

Lebenslagen von Menschen ohne Arbeit in Stuttgart

Trotz der hervorragenden Situation auf dem Stuttgarter Arbeitsmarkt, ist es nicht gelungen, die Zahl der Langzeitarbeitslosen, die Bedarfsgemeinschaften oder die Unterbeschäftigung in den vergangenen Jahren abzubauen. Stuttgart hat zwar eine der niedrigsten Arbeitslosenzahlen in Deutschland, dafür gibt es aber eine stagnierend hohe Anzahl von langzeitarbeitslosen Menschen. Und diese Menschen sind auch stärker von Armut betroffen als in anderen deutschen Großstädten.⁵ Ohne Arbeit ist aber gerade in einer wirtschaftlich starken Großstadt wie Stuttgart die soziale Integration und Teilhabe von Menschen und den in den Bedarfsgemeinschaften lebenden Kindern besonders erschwert.

Was in Stuttgart schon gut läuft

Stuttgart hat viele Jahre, über Parteigrenzen hinweg, eine Arbeitsförderungs-Politik gemacht, die den Wert der Arbeit in den Vordergrund rückte und nicht die Alimentation. Zu Zeiten des Bundesozialhilfegesetzes war Stuttgart eine der führenden Kommunen in Bezug auf die Arbeitshilfe. Der „Stuttgarter Weg“ war bundesweit bekannt. Essen, Hamburg, Köln, München und Stuttgart waren die Leuchttürme der Entwicklung „Arbeit statt Arbeitslosenhilfe“.

Durch die Einführung des SGB II und die gemeinsame Einrichtung brach die alleinige kommunale Zuständigkeit ab und damit, so die Einschätzung der Träger, das Gefühl der politischen Verantwortung der Kommunalpolitik. Erst 2012 mit Erreichen der Option hat Stuttgart wieder die volle Verantwortung für den Bereich übernommen.

Aber ein kommunaler Fahrplan zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, zur Vernetzung von kommunal geförderten Ansätzen und Programme der Agentur für Arbeit, wurde nie richtig entwickelt. Seit Jahren bleibt Stuttgart bei der Gestaltung der Optionskommune unter ihren Möglichkeiten und schiebt die Verantwortung hierfür auf das Jobcenter und angeblich bundesweite Vorgaben. Andere Großstädte, z.B. München, zeigen erfolgreich wie es anders geht.

⁵ http://biaj.de/images/2018-10-01_grossstaedte-arbeitslosenquote-armutsgefaehrdung-2007-2017.pdf

Die aktuellen Herausforderungen

Die Zahl der sog. Langleistungsbeziehenden, das sind die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die in den vergangenen 24 Monaten 21 Monate im Leistungsbezug waren, sind in den vergangenen Jahren um rund 5% auf 19.126 Menschen in Stuttgart gestiegen. Auch die sog. Bedarfsgemeinschaften sind immer weiter angestiegen.

Die Unterbeschäftigung, das sind die Personen in Maßnahmen, die nicht mehr betrachtet werden, wegen der Ü-58 Regel, etc., sind gegenüber 2012 ebenso gestiegen und betragen nun 22.330 (1.786 mehr als 2012).

Politische Lösungsansätze

Die Liga der Wohlfahrtspflege fordert den Stuttgarter Gemeinderat auf nachfolgende Vorschläge zu prüfen:

- ✓ Förderung der Teilhabe von arbeitslosen Menschen am gesellschaftlichen Leben durch zur Verfügung stellen kommunaler Mittel für Personen im Langzeitleistungsbezug des SGB II, deren Zuweisungsdauer in eine Arbeitsgelegenheit (§ 16 SGB II) ausgeschöpft ist und bei denen in absehbarer Zeit keine sonstigen Beschäftigungsperspektiven realistisch erscheinen und für Personen, bei denen eine Förderung nach § 16 e SGB II (FAV) ausläuft.
- ✓ Konzept zur „Möglichkeiten der zugelassenen kommunalen Trägerschaft im Sinne von § 6a SGB II („Optionskommune“) besser ausgestalten“ gemeinsam mit Trägern erstellen.
- ✓ Mehr kommunale Mittel für die öffentlich geförderte Beschäftigung zur Verfügung zu stellen, einen eigenen Kommunaltitel einzurichten und analog München „das System, welches die BA offenlässt“ zu schließen.
- ✓ Die kommunale Vergabep Praxis für Arbeitsmarktprogramme überprüfen und an qualitative Kriterien wie die Einhaltung von Sozialstandards oder der Vernetzung der Träger mit sozialem Hilfenetz ausrichten.
- ✓ Einführung Kriterium bei Vergabe von städt. Aufträgen: Einstellung von Langzeitarbeitslosen.
- ✓ Thema des Fachkräftemangels aus Sicht des SGB II mit anderen Schwerpunkten und erweiterten Konzepten optimieren.
- ✓ Der Fokus der Bemühungen des Jobcenters sollte verstärkt daraufgelegt werden, dass durch Teilzeitausbildung und Qualifizierung von Langzeitleistungsbeziehenden, eine nachhaltige Gewinnung von Fachkräften aus dem Bereich erreicht wird. Arbeitsgruppe einsetzen, die Konzepte und Ideen reflektiert und innovative Ansätze angeht. Ebenso lohnt es sich von anderen zu lernen. So ist es z.B. in anderen Jobcentern möglich, dass Menschen über die Regelungen zum Ehrenamt auch in der Qualifizierungsphase mehr

als den normalen Regelsatz ALG II haben. Dieses wird aus Geldern der Kommune gespeist.

- ✓ Unterstützende Begleitung von Ausbildungen zu fördern: sowohl sprachliche Module in Ausbildungszeiten, aber auch Hinführung zu möglichen Abschlüssen (z.B. in Fachgebieten, in denen ein Fachkräftemangel besteht), die während der gesamten Ausbildung stattfindet. Dies mit dem Ziel Abbrüche zu verhindern.
- ✓ Arbeitsplätze für langzeitarbeitslose Menschen im Küchen- und Facilitybereich der Schulen und Kindertageseinrichtungen zu fördern.
- ✓ Einsetzen einer AG unter Beteiligung der Träger, der Kammern und des JB, um weitere Potentiale für die modulare Ausbildung und Nachqualifizierung zu erreichen.
- ✓ Partizipationsmodelle entwickeln, um ALG II-Empfänger*innen mit ihren Bedarfen einzubeziehen.

Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen, die von Armut betroffen sind

Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen

Im Rechtskreis SGB II waren im März 2018 mehr als 1.000 junge Menschen **unter 25 Jahren** weder in der Schule noch in Ausbildung oder erwerbstätig.

Der Anteil der arbeitslosen jungen Menschen im SGB II Bezug beträgt 6,6 % der Erwerbslosen und ist leicht zurückgegangen. Fast 2/3 sind männlich, über 1/3 sind weiblich.

18% der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten sind unter 25 Jahre alt. Dieser Anteil liegt deutlich über dem der arbeitslos gemeldeten jungen Menschen von 6,6% und ist in den letzten Jahren angestiegen.

Von 2012 bis 2015 stieg die Zahl der Schulabgänger*innen ohne Schulabschluss in Stuttgart auf 6,1% an. Darunter ist ein hoher Anteil Förderschüler*innen.

Das Erreichen von Schulabbrecher*innen und Schulverweigerer*innen stellt sich zunehmend schwierig dar.

Wie wichtig eine Berufsausbildung ist, zeigt sich an den **Anteilen jener Menschen ohne Arbeit** in Stuttgart: knapp 73% der Frauen verfügt über keinen beruflichen Abschluss; bei den Männern sind dies über 67%. Knapp 47% verfügen über keinen deutschen Pass, was über dem Landesdurchschnitt liegt. Wobei Migrant*innen in Sprach- und Integrationskursen nicht als arbeitslos gezählt werden.⁶

Was in Stuttgart schon gut läuft

In Bezug auf neuzugewanderte Kinder und Jugendliche:

Es ist begrüßenswert, dass der Ausbau von Vorbereitungsklassen (VK) an Regelschulen und die Einführung der Vorbereitungsklassen (VABO) an Berufsschulen, in denen der Erwerb von Deutschkenntnissen im Fokus steht und ein Übergang in die Regelklassen bzw. Ausbildung ermöglicht wird.

Die Angebote im Kultur-, Sport- und Freizeitbereich sind offen für junge Neuzugewanderte und werden von diesen auch frequentiert.

⁶ Regionale Arbeitsmarktstrategie 2019 für die Umsetzung des Europäischen Sozialfonds (2014 - 2020) in der Landeshauptstadt Stuttgart

Politische Lösungsansätze

Die Liga der Wohlfahrtspflege fordert den Stuttgarter Gemeinderat auf nachfolgende Vorschläge zu prüfen:

- ✓ Pilotprojekte zu „Sprachförderung, Zugänglichkeit/Passgenauigkeit von Unterstützung“ und „Übergang in den Beruf“ wie von der gemeinsamen Arbeitsgruppe der Stadt und Freien Trägern vorgeschlagen.

Weitere Maßnahmen, die für die betroffenen Kinder, Jugendlichen und ihren Familien kurzfristige Verbesserungen nach sich ziehen würden:

- ✓ Beträge erhöhen für Ausflüge, Klassenfahrten, Schulmaterial: Die Beträge für Schulmaterial sind nicht auskömmlich, insbesondere beim Übergang Kita – Grundschule bzw. Grundschule – weiterführende Schule.
- ✓ Lernförderung: Unterstützung schon bevor die Versetzung, der Abschluss oder das ausreichende Leistungsniveau gefährdet sind.
- ✓ Teilhabeleistungen (BuT; Bonuscard) überprüfen und ausweiten: Finanzielle Ausstattung ist nicht ausreichend, Anwendungsbereich zu eingeschränkt; Zielgruppen: Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern im SGB II –Bezug; Familien mit Bezug von Sozialleistungen (Wohngeld, Kinderzuschlag, Sozialhilfe, AsylbLG) oder mit geringem Einkommen. Unterstützt werden nur Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. D.h. junge Volljährige sind von den Leistungen ausgeschlossen.
- ✓ Teilhabeleistungen aufstocken: Die Beträge sind nicht auskömmlich: Selbst, wenn (ggf. unter Aufstockung der Bonuscard) Vereinsbeiträge gezahlt werden können, müssen immer noch Sportbekleidung und -schuhe, Musikinstrument etc. zusätzlich bezahlt werden. Die Kosten für die Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen ist im Ausnahmefall möglich, erfordert dann aber den gebündelten Einsatz des Monatsbetrages (10 € mtl. für Teilhabeleistungen = Einsatz für 6 Monate = Anschaffung im Wert von 60 € möglich), der dann aber z.B. nicht mehr für den Vereinsbeitrag zur Verfügung steht.
- ✓ Kostenübernahme für ÖPNV, um Bildungsangebote zu erreichen (Musik, Sport, Kultur)
- ✓ Gezielte Bevorzugung von Kindern mit Armutsgefährdung bei der Platzvergabe in Kitas (trägerübergreifendes Übereinkommen).
- ✓ Ganzttag für SuS in Vorbereitungsklassen, SuS in VK können nicht an den Ganzttagangeboten teilnehmen. Die SuS sollten auch an den Ferienangeboten der Ganztagschule teilnehmen können.

Im Besonderen für neuzugewanderte Kinder und Jugendliche

- ✓ Konzept zur strukturierten außerschulischen Förderung zum Erwerb von adäquaten Deutschkenntnissen, gekoppelt mit ergänzenden (Lern-) Angeboten zur Vorbereitung auf Prüfungen, wie z.B. Präsentationen, Mathekurse und/oder Projektlernen mit dem Schwerpunkt Sprachentwicklung oder auch Zweitschriftlernen (Alphabetisierung).
- ✓ Das Angebot der "Strukturierten außerschulischen Förderung" sollte thematisch in einem der bereits bestehenden Gremien (z.B. Steuerungsgremium Integration/ Federführung Sozialamt oder AG Kinder - Jugend und Familie/Federführung Jugendamt) verortet werden, mit dem Ziel der fachlichen Begleitung und Weiterentwicklung des Förderangebots.
- ✓ Unabdingbar notwendig ist darüber hinaus eine intensive individuelle Begleitung und Beratung der Jugendlichen die parallel zur Lernförderung viele persönliche wie auch schulische Themen der Jugendlichen aufgreift und bei Problemlösungen und Orientierung unterstützen kann Dabei können die Erfahrungen und die Erfolge der AWO Stuttgart im Projekt „LISA“ (Hauptschulabschluss für Seiteneinsteiger) und „Einfach Deutsch“ (Strukturierte außerschulische Förderung) als konzeptionelle Basis genutzt werden.

Ältere Menschen in Stuttgart, die von Armut betroffen sind

Lebenslagen von älteren Menschen, die von Armut betroffen sind

Auch in Stuttgart gibt es Altersarmut, dabei geht es nicht immer nur um finanzielle Armut oder Nöte, sondern auch um einen zunehmenden Verlust von und Armut an Beziehungen oder sozialen Kontakten. Folgen sind Vereinsamung, nachlassende Mobilität, Rückzug- in der Folge teilweise bis zur Mangelernährung, Stürzen in der Wohnung mit Verletzungen und Verwahrlosung. Besonders im Mittelpunkt der Dienste der Wohlfahrtspflege stehen alte Menschen mit (und ohne) Grundsicherung und psychischen Veränderungen/Erkrankungen und/oder Sucht (Alkohol, Medikamente). Auch brisant ist die Situation für Menschen, die zwar eine kleine Rente haben, jedoch knapp über der Grundsicherungs-Grenze liegen, also keine Ansprüche auf Hilfe zur Pflege durch das Sozialamt haben. Diese Menschen können sich notwendige Unterstützungsleistungen oft nicht leisten. Schwierig ist dies vor allem, wenn es um Unterstützung in der Mobilität (Fahrdienste z.B. zum Einkaufen) und im hauswirtschaftlichen Bereich geht, denn oftmals liegt noch kein Pflegegrad vor, jedoch ist die Selbstversorgung eingeschränkt.

Was in Stuttgart schon gut läuft

Positiv hervorzuheben sind das flächendeckende Netz aus Begegnungsstätten in den Stuttgarter Stadtteilen, das Teilhabe und Begegnung für Menschen in Wohnortnähe ermöglicht. Sehr gut funktioniert auch die Zusammenarbeit/Vernetzung der Begegnungsstätten mit Fachstellen wie Bürgerservice Leben im Alter, GerBera, sozialpsychiatrische Beratungsstellen, der Krankenhaussozialdienste, u.v.a.

Die aktuellen Herausforderungen

Die versteckte Armut von älteren Menschen erkennt man oftmals nur durch Beziehungsangebote, ein entstandenes Vertrauensverhältnis, durch aufsuchende Arbeit und Hausbesuche. Diese Arbeit ist aber sehr personalintensiv, ebenso die Gewinnung von ehrenamtlichen Unterstützern, wofür es an Konzepten und Förderungen noch mangelt. Zwar sind kostengünstige/-lose Möglichkeiten der Begegnung, Kulturangebote etc. weitestgehend vorhanden, doch der Zugang ist durch Unkenntnis, Vorbehalte oder Ängste erschwert. Aufgrund von Stigmatisierungsängsten, Schamgefühl, aber auch Unkenntnis werden Leistungen der Sozialhilfe oder Vergünstigungen nicht immer in Anspruch genommen. Eine zunehmende Anzahl an alleinlebenden psychisch und gerontopsychiatrisch Erkrankten stellt die Fachdienste der GerBera vor große Herausforderungen. Stetig zunehmende Anfragen und die komplexeren Problem- und Lebenslagen der Menschen sind beratungs- und personalintensiv, ebenso die daraus resultierenden Vermittlungs- und

Anbindungsmöglichkeiten an eigene und andere Fach- und Anlaufstellen wie z.B. Tagespflege oder Begegnungsstätten.

Politische Lösungsansätze

Die Liga der Wohlfahrtspflege fordert den Stuttgarter Gemeinderat auf nachfolgende Vorschläge zu prüfen:

- ✓ Erweiterung der Sozialarbeit in Begegnungsstätten im Rahmen des Modul 5/
Aufsuchende Arbeit an vier bis fünf exemplarischen Standorten unter Berücksichtigung der stadtbezirksspezifischen Sozialdaten.
 - ➔ jeweils auf 0,5 Stellenanteil erhöhen (aktuell jeweils 0,2 Stellenanteile)
 - ➔ Vorschläge Standorte: Hallschlag, Zuffenhausen, Dürrolewang, Stuttgart-Süd und Mitte (Bohnenviertel)
- ✓ Ausbau der Gerontopsychiatrischen Beratungsfachdienste GerBera
- ✓ Erhöhung Mobilität z.B. durch einen Bürgerbus
- ✓ Stärkung der Stadtteil-Infrastruktur durch Läden, Ärzte, Apotheken
- ✓ Unterstützungsangebote (bspw. Fahr- und Begleitdienste, Unterstützung im häuslichen Umfeld), die insbesondere für die Förderung sozialer Teilhabe von Armut betroffener Menschen wichtig wären, stoßen an Kapazitätsgrenzen. Mithilfe Aufsuchender Arbeit werden Unterstützungsbedarfe erkannt, die dann allerdings auch teilweise nicht gedeckt werden können, auch Anbindung an BGS wird hierdurch erschwert
- ✓ Entwicklung und Förderung eines Konzeptes zur Gewinnung von Ehrenamtlichen/Seniorennetzwerk mit Ansätzen der „caring community“-Idee (vgl. Heidenheim)
- ✓ Entwicklung von Möglichkeiten, die für das Umfeld „nicht sichtbar“ sind, um Beschämungsfaktor zu umgehen (Upcycling, Repair-Café, Näh-Café ...)
- ✓ Konzepte für interkulturelle Ansätze in den Begegnungsstätten
- ✓ Konzepte für die Nutzung von „zu großen“ Wohnungen verbessern (z.B. Wohnungen älterer, alleinstehender Personen - Untermiete gegen Hilfe etc.)

In Bezug auf die medizinische Versorgung von armen Menschen in Stuttgart

Die Liga der Wohlfahrtspflege fordert den Stuttgarter Gemeinderat auf nachfolgende Vorschläge zu prüfen:

- ✓ Verbesserung der Informationen zur Bonuscard.
- ✓ Öffentlich geförderte Sportvereine zum Mitmachen bei der Bonuscard und Kultur verpflichten, in der Analogie der Kompensation wie bei der Familiencard.
- ✓ Zugangswege und Anreize zur Teilnahme zu Kultur, Sport und Begegnung für Bevölkerungsgruppen überprüfen.
- ✓ ÖPNV-Fahrten zu Sport- und Kulturangeboten noch günstiger machen (Eigenanteil reduzieren).
- ✓ Preisgünstige Angebote digital abbilden (Internet), regelmäßig pflegen und durch eine öffentlichkeitswirksame Kampagne bekannt machen.
- ✓ Verstärkung des Brückenbaueransatzes, z. B. über Gesundheitslotsen als Ressource zur Informationsvermittlung an Migrant*innen nutzen.
- ✓ Bewegungsangebote den Bevölkerungsgruppen mit erschwertem Zugang näherbringen, sie gezielt ansprechen sie diesbezüglich finanziell unterstützen. Für niederschweligen Zugang sorgen, z. B. über Kooperationen mit Fitnessstudios.
- ✓ Finanzielle Förderung bzw. Schaffung von Kurzurlaubs- und Sport und Entspannungsmöglichkeiten für sozial schwache Familien.
- ✓ Ein entscheidender Ansatz zur Verbesserung wird in der Quartiersarbeit gesehen. D.h. den/die Quartiersansatz/-arbeit verstärken z. B. über eine entsprechende Stellenschaffung in Pilotquartieren.
- ✓ Multiplikatoren in den Quartieren ausbilden und regelmäßig schulen, um dezentrale Infos der Stadtbezirke zu gewährleisten.
- ✓ Ausbau und finanzielle Förderung der Mittagstische in den Quartieren.
- ✓ Verbesserung der Ernährung in Schulen und Ganztagsbetreuung evtl. durch eine entsprechende finanzielle Unterstützung.
- ✓ Zuzahlung zu Medikamenten und Hilfsmitteln verbessern und sicherstellen.
- ✓ Allround-Hotline schaffen, an die man sich mit „allen möglichen Anliegen und Fragen“ wenden kann (Grundinformation und Weiterleitung).
- ✓ Gründung eines Runden Tisches zur Versorgungs- und Informationssituation bzgl. der Finanzierung von gesundheitlichen Sonderbedarfen von Transferleistungsempfänger/-innen.
- ✓ regelmäßige Qualifizierung der professionellen Beratungsstellen.

- ✓ Zugang zu Leistungen und Assistenzen ermöglichen bzw. verlässlich in der Stadt organisieren (vgl. Stuttgarter Fokus-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK); GRDRs 415/2015, Anlage 2, Ergebnis der AG Assistenz und AG Stellung von Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft, hier: Sozialwegweiser/Lotsen)
- ✓ Kostenfreie Fahrt im ÖPNV für Bonus-Card-Empfänger*innen und Empfänger*innen von Grundsicherung (auch vor 9 Uhr)
- ✓ Bessere Information über Freiwilligkeitsleistungen der Stadt bei Sonderbedarfen von Mittellosen (Zahnersatz, Hörgeräte, Hilfs- und Heilmittel, Pflege- und Hygienemittel, Putz- und Haushaltshilfen bei Gehbehinderung, ernährungsbedingter Mehrbedarf) durch Sozialamt und Jobcenter
- ✓ Schaffung eines ausreichenden Regelleistungs-Angebot in Stuttgart für Zahnersatz und Hörgeräte (aktuell gibt es kaum noch Angebote ohne teure Zuzahlungen)

Menschen mit Behinderung, die von Armut betroffen sind

Lebenslagen von Menschen mit Behinderung in Stuttgart

Die finanzielle Situation der Menschen mit Behinderung, die Grundsicherungsleistungen erhalten, lässt oft nur eine sehr eingeschränkte Wahl bzw. Teilnahme an Bildungs- und Freizeitaktivitäten zu. Oftmals ist eine qualifizierte Assistentkraft oder ein Fahrdienst notwendig, was aber nicht bezahlt wird. Ohne diese kann aber eine Teilnahme nicht stattfinden.

Menschen mit Behinderung aus dem ambulant betreuten Wohnen in Stuttgart nehmen auch an Angeboten wie etwa der Vesperkirche teil, um so Geld für Lebensmittel zu sparen und sich evtl. ein Freizeitangebot oder andere Wünsche leisten zu können. Die Gefahr sich zu verschulden ist groß.

Viele Familien mit Kindern oder Erwachsenen mit Behinderung, die zuhause leben, können sich Hilfsmittel oftmals nicht leisten, da diese von der Krankenkasse nicht übernommen werden bzw. sie nicht die Kraft/finanziellen Mittel haben, in ein Klageverfahren gegen die Krankenkasse einzutreten. Kinder mit Behinderung sind häufiger krank als Kinder ohne Behinderung. Berufstätige Elternteile sind daher häufiger vom Verlust des Arbeitsplatzes betroffen, da sie auf Grund der Kinderbetreuung häufiger fehlen. Die psychische Belastung beider Elternteile durch ein behindertes Kind ist hoch und führt oft zur Scheidung der Eltern. Insbesondere Eltern mit Migrationshintergrund und einem Kind mit Behinderung sind die ihnen zustehenden Leistungen nicht bekannt bzw. sie wissen auch nicht, wie sie an diese Informationen kommen. Sie sind auch oft dazu nicht in der Lage, die ihnen zustehenden Leistungen einzuklagen. Die psychische Belastung der Eltern ist schon so hoch, dass sie eine weitere psychische Belastung durch ein Klageverfahren nicht auch noch durchstehen. Es besteht ein hoher bürokratischer Aufwand, um an Leistungen zu kommen (z.B. müssen Eltern unzählige Atteste bringen bevor sie Leistungen beantragen bzw. bewilligt bekommen).

Hinzu kommt der in Stuttgart fehlende bezahlbare und barrierefreie/rollstuhlgerechte Wohnraum sowie ausreichend barrierefreie Arztpraxen.

Psychisch kranke Menschen in Stuttgart, die von Armut betroffen sind

Lebenslagen von psychisch kranken Menschen in Stuttgart

Die überwiegende Mehrheit der psychisch kranken Menschen lebt in prekären Lebensumständen, in der Regel geprägt von materieller Armut, Wohnraumnot, langfristiger Arbeitslosigkeit sowie Isolierung und Einsamkeit; mit der Folge von Stigmatisierung und damit einhergehender Ausgrenzung.

Die acht regionalen sozialpsychiatrischen Einrichtungen (SpDis) in Stuttgart betreuen jährlich knapp über 2.000 psychisch kranke Menschen kontinuierlich, d.h. es besteht zu diesen Menschen ein sogenannter mehr oder weniger intensiver Langzeitkontakt. Hinzu kommen jährlich ca. 1.500 Beratungs- und Vermittlungskontakte (sog. Kurzkontakte).

Die acht Gerontopsychiatrischen Dienste betreuen jährlich ca. 1.200 gerontopsychiatrisch erkrankte Menschen. Auch hier kommen jährlich nochmals über 700 Kurzkontakte hinzu.

Im Bereich des ambulant und stationär Betreuten Wohnens werden knapp über 1.000 (chronisch) psychisch kranke Menschen betreut und begleitet. Die Betreuung reicht von drei Kontakten pro Woche bis zur Rund-um-die-Uhr-Betreuung.

Insgesamt können wir also davon ausgehen, dass kontinuierlich ca. 4.200 vor allem chronisch psychisch kranke Menschen (inklusive gerontopsychiatrisch erkrankte Menschen) in therapeutisch-pädagogischer Begleitung sind. Hinzu kommen eben noch die sogenannten 2.300 Kurzkontakte.

Was in Stuttgart schon gut läuft

In Stuttgart gibt es ein sehr gutes Netz an sozialpsychiatrischen Hilfen. Übergreifend ist die Umsetzung der sog. regionalen Versorgungsverpflichtung hervorzuheben. Dies bedeutet, dass niemand gegen seinen Willen aufgrund fehlender oder nicht angemessen ausgestatteter Angebote außerhalb der Region untergebracht werden muss. Die verschiedenen Bausteine arbeiten verbindlich, vernetzt und vertrauensvoll im Gemeindepsychiatrischen Verbund unter Federführung der Kommune zusammen. Die Kooperation ist in Vereinbarungen festgelegt und wird lebendig und engagiert von den Kooperationspartnern gelebt und ausgefüllt.

Von besonderer Bedeutung für die Qualität und die Weiterentwicklung sozialpsychiatrischer Hilfen sind die Organisationen der Selbsthilfe hervorzuheben. Psychiatrie Erfahrene, Angehörige und Bürgerhelfer*-innen übernehmen in der Gestaltung, Umsetzung und der Kontrolle Sozialpsychiatrischer Hilfen im Gemeindepsychiatrischen Verbund eine wesentliche Funktion.

Alle genannten Akteure arbeiten eng und vertrauensvoll mit der Verwaltung und der Politik zusammen. Einzelfallarbeit findet im Sozialraum der Betroffenen statt, wodurch per se der Blick auf die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gegeben ist.

Die aktuellen Herausforderungen

Die aktuellen Herausforderungen für Menschen mit psychischen Erkrankungen ist insbesondere die prekäre Lebenslage der Personengruppe: Nur 8% gehen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Über 60% sind alleinstehend (und diese nicht als bewusste Entscheidung, sondern häufig als Ergebnis der wechselseitigen Bedingtheit von Ausgrenzung und Erkrankung).

Die große Mehrheit der Menschen lebt von ALG II oder einer kleinen Erwerbsunfähigkeitsrente oder Grundsicherung oder ist finanziell abhängig von Angehörigen.

„Psychiatrische Karrieren“ gehen oft einher mit vielen und häufigen stationären klinischen Behandlungen, die allerdings durch das gut ausgebaute Netz an sozialpsychiatrischen Hilfen deutlich zurück gegangen sind im Vergleich zu früher. Der Anteil der chronisch psychisch kranken Menschen an den Klinikbehandlungen ist im Vergleich zu anderen Personenkreisen in den vergangenen 20 Jahren zurück gegangen.

Politische Lösungsansätze

Die Liga der Wohlfahrtspflege fordert den Stuttgarter Gemeinderat auf nachfolgende Vorschläge zu prüfen:

- ✓ Mehr Geld im Einzelfall zur Verfügung zu haben, um mehr Teilhabe zu ermöglichen.
- ✓ Bezahlbaren Wohnraum akquirieren.
- ✓ Mehr Zuverdienstarbeitsplätze zur Verfügung stellen.
- ✓ Orte des Kontaktes und der Begegnung sowohl im beschützten Rahmen (Tagesstätten) als auch im Sozialraum zu fördern.
- ✓ Im Einzelkontakt die Selbstwirksamkeit und die Resilienz zu fördern: dafür braucht es Zeit und Ressourcen.
- ✓ Kontinuierlich einzelfallbezogen aber auch in der Öffentlichkeit gemeinsam mit der Selbsthilfe an der Verringerung von Stigmatisierung zu arbeiten: ebenso ein aufwändiges, aber unverzichtbares Unterfangen.
- ✓ Zusätzliche Stellen erforderlich für die Arbeit mit gerontopsychiatrisch erkrankten Menschen (Anzahl wie komplexe Problemlagen steigen) sowie für die Projekte „Aufwind und Pro Kids“ (Kinder mit psychisch kranken Eltern oder aus suchtblasteten Familien).
- ✓ Konsequente Sozialraumarbeit ausgehend vom Einzelfall mit Geduld und „dem Backen kleiner Brötchen“. In schwierigeren Einzelfällen hat die Teilnahme Grenzen und kann bei

„beiden Seiten“ Überforderung hervorrufen, was wiederum kontinuierliches, niederschwelliges und alltags- und lebensweltorientiertes Handeln der Professionellen erfordert.

- ✓ Mittelfristig: Überwindung der Versäulung des Finanzierungssystems und des „inverse care law“: Je schwieriger und komplexer der Einzelfall ist und je mehr sich dieser Mensch schwer tut, Hilfe in Anspruch zu nehmen, umso mehr entsteht das Risiko, aus dem versäulten und auf Mitwirkung, Selbsthilfe und Autonomie ausgelegten finanzierungsrechtlichen System ausgegrenzt zu werden (Beispiel SGB V aber auch das BTHG). Mit stationsäquivalenter Behandlung und der Aufhebung von stationär im BTHG sind hier zumindest rechtliche Grundlagen für die „Entsäulung“ gelegt.

Armutsbekämpfung bei Neuzugewanderten

Lebenslagen von Neuzugewanderten in Stuttgart

Stuttgart hat bei der Unterbringung und Integration der Neuzugewanderten in den letzten Jahren Großes geleistet. Gemeinsam konnte die Stadt mit Freien Trägern und vielen Ehrenamtlichen viel erreichen. Nun gilt es Grundlagen dafür zu legen, dass aus den Neuzugewanderten (insb. Geflüchteten, EU und Drittstaatsangehörigen), die dauerhaft bleiben, gut integrierte Stuttgarterinnen und Stuttgarter werden.

Was in Stuttgart schon gut läuft

In Stuttgart existiert ein vielfältiges Angebot an Beratungsdiensten für besondere Bedarfsgruppen (z.B. für traumatisierte Flüchtlinge, für Frauen, Angebote für den Zugang zu Arbeit und Ausbildung, Angebote für Opfer von Ausbeutung und Menschenhandel). Ebenfalls gibt es eine große Vielfalt an Projekten, auch „MigrantInnen für MigrantInnen“- Projekte wirken erfolgreich. Ein breit angelegtes Angebot an Deutschkursen ist vorhanden, sowie eine schnelle und gute Vermittlung in Sprachkurse – allerdings nicht für alle Geflüchtete.

Die aktuellen Herausforderungen

Aktuell ist insbesondere die Versorgung von Geflüchteten und anderen Neuzugewanderten mit geeignetem Wohnraum sehr schwierig. Dies führt zu einer langen Verweildauer in den Gemeinschaftsunterkünften und verhindert eine wirkliche Integration. Weiterhin Unterbringung auf 4,5 qm wirkt ebenfalls integrationshemmend. Die beengten und schwierigen Wohnverhältnisse haben psychische Belastungen zur Folge. Der Schritt in den ersten Arbeitsmarkt wird dadurch massiv erschwert. Besonders fatal sind die Auswirkungen auf die Kinder und Jugendlichen (z.B. auf die schulischen Leistungen, Auftreten von Verhaltensauffälligkeiten). Einzelzimmer bzw. abgeschlossene Wohnbereiche für belastete/ranke Geflüchtete sind in den Unterkünften kaum vorhanden.

Von vielen werden die Nutzungsgebühren in den Flüchtlingsunterkünften für Selbstzahler als zu hoch eingeschätzt. Ein Problem ist auch die Beendigung der ermäßigten Benutzungsgebühr nach 18 Monaten. Daraus folgt oft, dass aufstockende Sozialleistungen beantragt werden müssen und Arbeitsverhältnisse aufgegeben werden.

Die Familienzusammenführung dauert oft immer noch zu lange und hindert Flüchtlinge, sich dem Alltag zu widmen aus Sorge um die Familie. Therapieangebote sind geradezu nicht vorhanden und die Wartezeiten sind dementsprechend sehr lange.

Wahrgenommen wird eine restriktive Auslegung der Zugangsvoraussetzungen der Geflüchteten zu regulär bezahlter Arbeit.

Die Situation der Kinder und Jugendlichen, insbesondere für Soziales Lernen und

Lernförderung muss verbessert werden. Die Kinderbetreuung ist noch unzureichend, der Kita-Platzmangel wirkt sich negativ auf die Integration aus.

Auch ein ungenügender Zugang zu Gesundheitsleistungen ist oftmals ein Problem, es besteht nicht für alle Neuzugewanderten eine Krankenversicherung.

Politische Lösungsansätze

Die Liga der Wohlfahrtspflege fordert den Stuttgarter Gemeinderat auf nachfolgende Vorschläge zu prüfen:

- ✓ Die bereits bewilligten Systembauten erstellen, um die 7-qm zeitnah überall umsetzen zu können und Raum für besonders schutzbedürftige Geflüchtete zu erhalten.
- ✓ Angemietete Wohnungen halten (dezentrale Unterbringung wichtig).
- ✓ Sozialen Wohnungsbau stärken.
- ✓ Reduzierung der Nutzungsgebühren auf ein „normales“ Mietniveau und Verlängerung der ermäßigten Gebühren auf mind. 36 Monate.
- ✓ Großzügige Auslegung arbeits- und aufenthaltsrechtlicher Regelungen, um mehr Menschen in reguläre Arbeit zu bringen.
- ✓ Psychosoziale Zentren ausbauen. Nur Menschen, denen es gut geht, können Sprache erlernen, eine Ausbildung beginnen und sich in ein neues Leben integrieren.
- ✓ Projektansätze zur Qualifizierung von Migrant*innen in der Kinderbetreuung, allgemein: Förderung von Migrant*innen in Mangelberufen.
- ✓ Zugang zu Gesundheitsleistungen für alle ermöglichen.
- ✓ Aufhebung der Wohnsitzauflage.
- ✓ Zugang für geflüchtete Menschen, die keine gute Bleibeperspektive haben.

Armutsbekämpfung bei EU-Bürger*innen ohne sog. Hilfeanspruch

Lebenslagen von EU-Bürger*innen ohne sog. Hilfeanspruch in Stuttgart

Mit der seit 2004 geltenden Arbeitnehmerfreizügigkeit ist auch in Stuttgart der Anteil an zugewanderten EU-Bürger*innen vor allem aus Süd- und Osteuropa gestiegen. Gründe liegen in der hohen Arbeitslosigkeit und den prekären Lebenslagen der Menschen in den Herkunftsländern. Hinzu kommt die gesellschaftlich und strukturell verankerte Diskriminierung gegenüber Unionsbürger*innen der ethnischen Minderheit der Rom*nija⁷.

Insbesondere EU-Bürger*innen in prekären Arbeits- und Wohnverhältnissen, sowie Unionsbürger*innen die sich zur Arbeitsuche in Stuttgart aufhalten oder keinen Zugang zum Arbeitsmarkt finden, sind einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt, bis hin zur Verfestigung von existenzieller Armut.

Die niedrighschwelligigen Hilfen der Wohnungsnotfallhilfe Stuttgart und Beratungsstellen für prekär beschäftigte sowie für EU-Bürger*innen die von Wohnungslosigkeit bedroht oder betroffen sind, verzeichnen steigende Fallzahlen⁸.

Was in Stuttgart schon gut läuft

Durch Angebote der (frauenspezifischen) Migrationsberatungen, der Fairen Mobilität und der zentralen Anlaufstelle für zugewanderte EU-Bürger*innen erhalten die Menschen Beratung, Begleitung und Unterstützung.

Die aktuellen Herausforderungen

EU-Bürger*innen ohne Zugang zu Krankenversicherung, Sozialleistungen, Hilfen für besondere Lebenslagen und angemessenen Wohnraum, suchen verstärkt die einzig zugänglichen Angebote der niedrighschwelligigen Wohnungsnotfallhilfe auf. Seit 2015 befinden sich darunter auch Familien mit Kindern⁹.

⁷ <https://fra.europa.eu/de/theme/roma>

⁸ <https://www.faire-mobilitaet.de/ueber-uns>, 01.03.2019

⁹ http://www.ambulantehilfestuttgart.de/images/Arbeitsberichte/AH/Arbeitsbericht2018_38.pdf

Politische Lösungsansätze

Die Liga der Wohlfahrtspflege fordert den Stuttgarter Gemeinderat auf nachfolgende Vorschläge zu prüfen:

- ✓ Verpflichtung zur gefahrenabwehrrechtlichen Unterbringung in Notunterkünfte obdachloser EU-Bürger*innen ohne ALG II Ansprüche (z.B. aus Bulgarien, Rumänien) nachkommen. Schaffung entsprechender Notunterkunftsplätze.
- ✓ Separate und angemessene Notunterkünfte für Schwangere, Alleinerziehende und Familien mit Kindern.
- ✓ Niedrigschwellige Tagesstätten für wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Familien und ihre Kinder.
- ✓ Bedarfsgerechte Konzepte zur Verbesserung des Zugangs zum Bildungssystem für schulpflichtige Kinder die mit ihren Familien wohnungslos oder von Wohnungslosigkeit bedroht sind.
- ✓ Zusätzliche Ressourcen für den Bedarf an Dolmetscher*innen.
- ✓ Zusätzliche Personalressourcen bei den niedrigschwelligen Hilfeangeboten (Verbesserung der Alltagsberatung und der Brückenfunktion in bestehende Beratungs- und Hilfeangebote).
- ✓ Zugänge zu Sprach- und Alphabetisierungskursen.
- ✓ Bedarfsgerechte Konzepte zur Verbesserung des Zugangs zum Arbeitsmarkt.
- ✓ Langfristig: Förderung von Konzepten die den Ausbau von Hilfen in den Herkunftsländern ermöglichen.

Danksagung

Unser Dank geht an die Mitarbeitenden der Liga der Wohlfahrtspflege, die die Autor*innen dieser Dokumentation sind:

- Manfred Blocher, Caritasverband für Stuttgart e.V.
- Armin Biermann, Caritasverband für Stuttgart e.V.
- Margot Dengel, Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Stuttgart (AWO) e.V.
- Albrecht Dengler, bhz
- Rada Dinkelacker-Strika, Deutsches Rotes Kreuz
- Karin Dressel, AGDW
- Gabriele Ehrmann, Vesperkirche
- Peter Gerecke, eva Evangelische Gesellschaft Stuttgart e.V.
- Annika Gronau, Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Stuttgart (AWO) e.V.
- Sonja Hagenmayer, eva Evangelische Gesellschaft Stuttgart e.V.
- Sabine Henniger, eva Evangelische Gesellschaft Stuttgart e.V.
- Marc Hentschke, Neue Arbeit
- Manuel Huber, Caritasverband für Stuttgart e.V.
- Ulrike Holch, Freiwilligenagentur Kaleidoskop
- Michael Knecht, Ambulante Hilfen
- Armin Markmeyer, Kulturwerk
- Werner Neubrand, Caritasverband für Stuttgart e.V.
- Dr. Klaus Obert, Caritasverband für Stuttgart e.V.
- Johannes Reich, Katholische Kirche Stuttgart
- Christa Reuschle-Grundmann, Sozialdienst katholischer Frauen e.V. (SkF)
- Angela Riße, Sozialdienst katholischer Frauen e.V. (SkF)
- Johannes Schwill, eva Evangelische Gesellschaft Stuttgart e.V.
- Alexander Seyfried, Heilsarmee
- Martin Steinbrenner, eva Evangelische Gesellschaft Stuttgart e.V.
- Waltraud Streit, ZORA gGmbH
- Bettina Wahl, Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Stuttgart (AWO) e.V.
- Harald Wohlmann, Caritasverband für Stuttgart e.V.

Die Liga der Wohlfahrtspflege in Stuttgart

Ein Zusammenschluss von:

- Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Stuttgart e.V. (AWO)
- Caritasverband für Stuttgart e.V.
- Diakonie in Stuttgart e.V. (DiS)
- Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Stuttgart e.V. (DRK)
- DER PARITÄTISCHE Kreisverband Stuttgart
- Evangelische Kirche Stuttgart
- Israelitische Religionsgemeinschaft Württembergs (IRGW)
- Katholische Kirche Stuttgart

In den Organisationen arbeiten rund 8.500 Mitarbeiter*innen und engagieren sich mehr als 5.500 Ehrenamtliche in Stuttgart. Die Liga der Wohlfahrtspflege Stuttgart ist Ansprechpartnerin für Politik und Verwaltung.

Impressum

Liga Sprecher 2018/2019

c/o AWO-Kreisverband Stuttgart e. V.

Friedhelm Nöh

Olgastraße 63

70182 Stuttgart

Telefon: 0711 21061-79

Fax: 0711 23602-28

friedhelm.noeh@awo-stuttgart.de